



## **E-Government-Konferenz der EU bestätigt Österreichs Vorreiterrolle**

Auf der ersten EU-Konferenz der italienischen EU-Präsidentschaft, die sich am 7. und 8. Juli 2003 in Como dem Thema E-Government widmete, wurde Österreich als eines der Vorreiterländer beim Einsatz neuer Technologien zur Verbesserung des Kontakts öffentlicher Verwaltungen mit den Bürgern gewürdigt. Neben der Auszeichnung der österreichischen Bürgerserviceplattform [help.gv.at](http://help.gv.at) mit dem europäischen E-Government-Award 2003 hob der zuständige EU-Kommissar Erkki Liikanen auch die Rolle Österreichs bei der Weiterbildung in diesem Bereich hervor.

Die Donau-Universität Krems bietet mit dem postgradualen Universitätslehrgang "E-Government" seit 2002 eine europaweit einzigartige universitäre Weiterbildungsmöglichkeit für diesen Bereich. Ziel ist die Unterstützung der E-Government-Initiativen durch Weiterbildung der Mitarbeiter in Bund, Ländern und Gemeinden. Der nächste Lehrgang startet am 3. November 2003.

In den kommenden Jahren werden in Österreich die konsequente Weiterentwicklung der elektronischen Bürgerdienste und Services für die Wirtschaft im Mittelpunkt der E-Government-Initiativen stehen. "Die E-Government-Bemühungen sollten aber weiter gehen", so Prof. Dr. Johann Günther, Vizepräsident und Leiter der Abteilung für Telekommunikation, Information und Medien, der auf Einladung der Europäischen Kommission als Vertreter der Donau-Universität Krems an der Konferenz von Como teilnahm: "E-Government muss mehr sein als nur elektronische Verwaltung. Es hat das Potenzial, der Politikverdrossenheit in Europa zu begegnen und neue Möglichkeiten der Mitbestimmung und Mitgestaltung der Bürger im Sinne einer 'digitalen Demokratie' zu eröffnen."

**Im Bild:** Prof. Dr. Johann Günther, Vizepräsident der Donau-Universität Krems, und EU-Kommissar Erkki Liikanen (links), der auf der Konferenz von Como Österreichs E-Government-Aktivitäten würdigte.